linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 9 1/15

ANTIFASCHISMUS

Kagida entschlossen entgegentreten

Die im Dezember unter dem Eindruck der sich verstetigenden KAGIDA-Aufmärsche von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene gemeinsame Resolution „Für ein weltoffenes Kassel“ droht nicht mehr das Papier wert zu sein, auf dem sie steht.

Das taktische Agieren der ROT/GRÜNEN-Rathauskooperation droht den antifaschistischen und antirassistischen Grundkonsens in der Stadt aufzuweichen. Die praktische Politik der Stadt steht im krassen Gegensatz zu den von OB Hilgen gemachten Lippenbekenntnissen.

Am 2. Februar endlich lud Oberbürgermeister Hilgen (SPD) vor das Rathaus zu (s)einer Kundgebung unter dem Motto „Ein Deutschland für alle – Kassel bleibt weltoffen“. Dass er sich seit Beginn der KAGIDA-Aufmärsche zwei Monate lang in seinem Arbeitszimmer verkroch, während Hunderte von Kasselerinnen jeden Montag nach Aufrufen des „Bündnis gegen Rechts“ am Scheidemannplatz protestierten und sich den Nazis in den Weg stellten: geschenkt. Er hat scheinbar Besseres zu tun gehabt. Ebenso am 22. Dezember, als eine von einem breiten politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Spektrum getragene Großdemonstration gegen KAGIDA über 2000 Menschen auf die Straße brachte. Auch dieser blieb er demonstrativ fern. Die stillschweigende Duldung rassistischer Kundgebungen mit Verweis auf das Recht der Meinungsfreiheit lässt jedoch starke Zweifel an seiner Wertschätzung des Engagements gegen Menschenfeindlichkeit in Kassel erkennen.

Willkommenskultur: Anspruch und Wirklichkeit

In seiner Rede vor dem Rathaus mahnte OB Hilgen die zu uns Kommenden an, die deutsche Sprache zu lernen. Die Tatenlosigkeit der Stadt bei der Integration von Migrantinnen und Flüchtlingen durch fehlende Bereitstellung von Sprachkursen erwähnte er dabei nicht. Trotz der Zunahme von Flüchtlingen in der Stadt werden mit Verweis auf die Zuständigkeit des Landes Hessen keine zusätzlichen „freiwilligen Leistungen“ von der Stadt gewährt. Bestehende Angebote in Kassel werden allein durch ehrenamtliche Helferinnen und Spenden bereitgestellt. Die Nachfrage kann damit jedoch bei Weitem nicht gedeckt werden. Anträge der Kasseler Linke dazu wurden mit der SPD/GRÜNEN-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung abgeschmettert.

„Kassel für Alle“ Demonstration am 22.12.2014 Foto: Andreas Wetzel

Lang beharrte Sozialdezernent Dr. Barthel (SPD) im letzten Jahr auf der Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften in Containerbauweise. Erst nach anhaltenden stadtweiten Protesten gegen diese menschenunwürdige Unterbringung von teilweise schwer traumatisierten Flüchtlingen in der Nordstadt musste er einlenken. Die von ROT/GRÜN vielbeschworene Willkommenskultur ist eine leere Worthülse. Bei der Bereitstellung guten und günstigen Wohnraums nicht nur für Flüchtlinge kommt die Stadt ihrer Verantwortung nicht nach.

Ursachen für Rassismus bekämpfen

Auf der Ebene der Kommunen sind die Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen für die Bewohnerinnen direkt erfahrbar. Dumpfer Rassismus, so wie er sich auf den KAGIDA-Demonstrationen artikuliert, ist genauso wie der Aufstieg von Islamisten Ausdruck einer von Ausbeutung, Krisen und Zukunftsängsten betroffenen Gesellschaft. Allen gegenteiligen Bekundungen zum Trotz, leider auch in Kassel. Deshalb ist es nötig, gemeinsam auch gegen die Ursachen von Rassismus und Terror zu kämpfen. Es sind nicht die Zuwanderer, Flüchtlinge und Migranten, die Mieten steigen lassen, sondern der zunehmend dem freien Markt überlassene Wohnungsbau. Nicht Migrantinnen sind dafür verantwortlich, dass Kommunen ausbluten, an der Bildung und im Sozialbereich gespart wird, sondern eine kapitalistische Gesellschaft, in der Gewinnmaximierung zum allgemeinen Prinzip erhoben wird. Wer darüber nicht reden will, der sollte über KAGIDA schweigen.

Simon Aulepp

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

KAGIDA

Rassistische Veranstaltung mit dämlichem Namen

Seit dem 1. Dezember findet jeden Montagabend um 18:30 Uhr eine Kundgebung mit anschließendem „Abendspaziergang“ namens KAGIDA (Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes) statt.

KAGIDA wird allwöchentlich von Michael Viehmann angemeldet und moderiert. Viehmann war schon vor dem 1. Dezember, als die erste KAGIDA-Veranstaltung stattfand, aufgefallen, als er die Anreise aus Kassel zu den HoGeSa-Aufmärschen in Köln und Hannover organisierte. Dies machte er zusammen mit David Giesler, der bei der Bundestagswahl 2009 in Waldeck-Frankenberg für die NPD kandidierte und auch bei KAGIDA als Ordner auftritt oder Journalistinnen fotografiert. Neben Viehmann waren bisher weitere Redner Victor Seibel von der Kasseler Friedensmahnwache und der Pressesprecher der AfD Kassel-Stadt, Manfred Mattis. Auch bei Viehmann ist mittlerweile bekannt, dass er AfD Mitglied ist.

Desweiteren redeten bei KAGIDA Edwin Wagensveld, der in HoGeSa-Kreisen als ‘Der Holländer’ bekannt ist und einen Waffenshop im Internet betreibt, oder auch Heidi Mund, eine christliche Fundamentalistin aus Frankfurt am Main, die als ‘Heidi, die mutige Deutsche’ im Internet sowie durch ihre Rede bei HoGeSa in Hannover bereits zweifelhafte Bekanntheit erlangen konnte.

Die Zahl der Teilnehmenden bei KAGIDA begann mit 60 und steigerte sich bis Mitte Januar auf 200. Das Einzugsgebiet der Teilnehmerinnen reichte von Osthessen über den Schwalm-Eder-Kreis und Waldeck-Frankenberg bis in das Eichsfeld und die Harzregion. Jedoch nahm die Zahl Teilnemenden stark ab, seitdem in Braunschweig und Frankfurt ebenfalls PEGIDA-Ableger Aufmärsche organisieren. Unter dem wöchentlichen rassistischen Aufmarsch finden sich regelmäßig Neonazis aus dem Eichsfeld, des ehemaligen Freier Widerstand Kassel, der Kameradschaft Sturm 18 Cassel sowie eine Vielzahl an AfD’lerinnen ein. Neben dem üblichen „Wir sind das Volk“ werden auch Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“ gerufen.

KAGIDA und die rassistische Mitte

KAGIDA gibt vor, ähnlich wie ihre Mutter-Gruppierung PEGIDA in Dresden, nur gegen vermeintlich “extremistische” Islamisten zu sein. Wenn man sich jedoch die Mühe macht, die Forderungen von KAGIDA zu lesen, entsteht schnell ein anderes Bild. Dort wird gezielt das ohnehin restriktive deutsche Asylrecht angegriffen. Dieses war im Jahr 1993, als Reaktion auf die rassistischen Pogrome in Deutschland, durch den so genannten “Asylkompromiss” ohnehin faktisch abgeschafft worden. KAGIDA fordert, das Gesetz nach dem „holländischen oder schweizer Modell“ umzugestalten. Das Asylrecht in Holland beispielsweise wird von Rechten deshalb befürwortet, weil dort die Asylverfahren oft schon nach wenigen Tagen entschieden sind und sich die unerwünschten Personen schneller wieder abschieben lassen. Dass eine Menge Leute die Ansicht teilen, dass nur Menschen ins Land gelassen werden sollten, die auch arbeiten gehen und Steuern zahlen, ist dabei ein grundlegendes Problem unserer Gesellschaft, in der Menschen keinen intrinsischen Wert besitzen, sondern nur über ihre Arbeitskraft definiert werden.

Mit Forderungen wie „Stoppt die Islamisierung Europas“ auf dem PI-News Transparent, das bei KAGIDA mit dabei ist, wird außerdem suggeriert, es gäbe tatsächlich das Problem, dass der deutsche Staat kurz davor wäre, ein Kalifat zu werden. Statt sich solidarisch mit den Betroffenen von Kobane, Jerusalem und Herford zu zeigen, die tatsächlich von den Sympathisantinnen und Truppen des Islamischen Staates bedroht sind, werden die, die sich gegen diese Truppen stellen, z.B. die Kurdinnen, als ausländische Extremisten und Feinde der Demokratie abgetan.

Es bräuchte stattdessen eine progressive Religionskritik, die sich gegen die Barbarei des Islamischen Staates wendet ohne sich dabei einfach auf den vermeintlich fortschrittlichen „westlichen Werten“ Europas auszuruhen, die es zu verteidigen gelte. Wer einen kurzen Blick in die Vergangenheit wirft, mag sich erinnern, dass die Deutschen die Barbarei auf ein bis heute unerreichtes Niveau gehoben haben. Begibt man sich nun auf das Terrain der ganzen „-GIDA-Gruppen“, wie einige Politikerinnen in Sachsen, zeigt das nur eindrücklich, wie eine solche Bewegung den Diskurs verschärfen und nach rechts verschieben kann.

Für uns ist KAGIDA ein Ausdruck von gesellschaftlichem Rassismus und Sozialchauvinismus. Personen, die wir schon länger aus der Naziszene kennen, springen nun auf den Zug auf. Dieses Phänomen beschränkt sich nicht nur auf Kassel, sondern ist auch in weiteren Städten, in denen sich bislang PEGIDA-Ableger gegründet haben, der Fall.

Weitere Informationen zu KAGIDA und einen Bericht zu den wöchentlichen Aufmärschen gibt es unter: task.noblogs.org

Die antifaschistische Gruppe T.A.S.K. dokumentiert Aktivitäten von Neonazis und rechte Strukturen in Kassel sowie in der Region. Neben Recherche und Dokumentation ist die Auseinandersetzung mit reaktionären Ideologien sowie die Organisation und Unterstützung antifaschistischer Interventionen ein Teil der Arbeit.

T.A.S.K.

NPD‘ler Jürgen C. (links mit Brille) umringt von Afd‘lern darunter der Sprecher der Kasseler AfD Manfred Mattis (rechts mit Lederjacke)

HAUSHALT

Unterstützung für Frauen? Abgelehnt!

Dort, wo es um notwendige Unterstützung für die Menschen in Kassel geht, hat die Stadt auch im Haushalt für das Jahr 2015 wieder viel zu wenig Geld vorgesehen.

Am anschaulichsten wird das Ausmaß an sozialer Kälte bei der Stadt, wenn man das Abstimmungsverhalten der Mehrheit der Stadtverordneten bei den diesjährigen Änderungsanträgen zum Haushalt betrachtet. Die von der Kasseler Linken eingebrachten Haushaltsänderungsanträge hatten das Ziel, mehr Mittel in Bereichen bereitzustellen, wo Verbesserungen gerade den Schwächeren der Gesellschaft zu gute gekommen wären: Sie wurden alle abgelehnt!

Besonders dramatisch werden die Auswirkungen für Frauen sein. Obwohl es im vergangenen Jahr in den Medien zahlreiche Berichte über die schwierige Lebenssituation von Prostituierten und über die Zunahme von Menschenhandel und Ausbeutung im Rotlichtmilieu gegeben hat, wird der Beratungsstelle "sichtBar", von Frauen informieren Frauen e.V., in diesem Jahr weniger Geld zur Verfügung stehen als bisher. Dabei war die Beratungsstelle "sichtBar", die Prostituierte über ihre Rechte und über sexuell übertragbare Krankheiten aufklärt und zudem Unterstützung beim Ausstieg aus der Prostitution anbietet, auch in den letzten Jahren schon unterfinanziert. Bisher gab es immerhin eine halbe Sozialarbeiterstelle. Die 21.240 €, die für das laufende Jahr im Haushalt zur Beratung und Unterstützung vorgesehen sind, reichen jedoch nur noch zur Finanzierung von Sozialarbeit im Umfang von ca. 11 Wochenstunden. Werden keine weiteren Mittel bereitgestellt, bedeutet das konkret, dass das Beratungsangebot drastisch eingeschränkt werden muss. Dabei bietet die aufsuchende Sozialarbeit der Mitarbeiterin von "sichtBar", die direkt vor Ort in den Appartementhäusern, Clubs, Bordellen und auf dem Straßenstrich mit den Prostituierten spricht, die Möglichkeit, auch mit der großen Zahl ausländischer Prostituierten in Kontakt zu kommen. Gerade diese Gruppe, zumeist aus Osteuropa stammender Frauen mit schlechten Deutschkenntnissen, ist besonders häufig gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt und wird zum Teil zur Prostitution gezwungen. Mit einer Einschränkung des Unterstützungsangebotes sinkt folglich auch die Chance, Fälle von Menschenhandel, Vergewaltigung und Körperverletzung aufzudecken und die Täter zu bestrafen. Vor diesem Hintergrund hätte die Stadt Kassel, wenn ihr etwas daran liegen würde, Frauen vor Gewalt zu schützen, eigentlich die Mittel für die Beratung und Unterstützung von Prostituierten erheblich aufstocken müssen. Um die Kriminalität im Rotlichtmilieu wirkungsvoll bekämpfen zu können, müsste die bestehende Beratung von "sichtBar" ausgeweitet und von Übersetzerinnen begleitet werden. Insbesondere bei Frauen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, ist Unterstützung beim Umgang mit Behörden gefragt. Darüber hinaus besteht auch im medizinischen Bereich ein großer Hilfebedarf, den die Stadt bisher nicht abdeckt.

Keine zusätzlichen Gelder für Sprachkurse

Auch der Antrag, mehr Geld für Sprachkurse für Flüchtlinge in den Haushalt einzustellen, ist von der Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt worden. Ob die angekündigten Bemühungen, externe Fördergelder für zusätzliche Sprachkurse anzuwerben, von Erfolg gekrönt sein werden, bleibt abzuwarten. Gelingt dies nicht, wird die Integration der Flüchtlinge wohl dem Rotstift zum Oper fallen. Damit nimmt die Stadt billigend in Kauf, dass insbesondere die geflüchteten Frauen aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse nicht am sozialen Leben teilnehmen können und dass sie, wenn sie Opfer von Gewalt werden, nicht in der Lage sind, sich an die zuständigen Stellen zu wenden, um Hilfe anzufordern.

Vera Kaufmann

Hilgen: ein erfolgreicher Oberbürgermeister?

Nachdem die SPD 1993 unter und mit OB Bremeier unvergesslich abstürzte – in feudaler Machtvergessenheit versuchte die SPD damals ihren Wählerinnen gleich drei Kröten auf einmal in den Mund zu stopfen – bedurfte es langer Lewandowski–Jahre, bis Kronprinz Hilgen die SPD wieder zurück an Macht und Pfründe führen durfte.

Erst aber mussten die Lollies (als Symbol von Tempo 30 undiskutiert), die Erhöhung der Getränkesteuer (wie bringt man den kleinen Mann schnell und effektiv gegen sich auf!) und die Jahrhunderttreppe auf dem Königsplatz (zum documenta-Kunstwerk geadelt und mit praktischem, braun verkleidetem Holzklosett darunter) ein wenig in Vergessenheit geraten.

Ein Erfolg reiht sich an den anderen

Der Mann hat zwei Anläufe genommen und dann doch keine Multifunktionsarena gebaut. Es hat damit weder auf den Giesewiesen noch auf dem Salzmanngelände geklappt. Er hat ein technisches Rathaus - auch bei Salzmann - bauen wollen. Auch das ist kläglich gescheitert, wie auch die personell daran geknüpfte Männerfreundschaft mit dem Ex-Investor von und für Salzmann, Herrn von und zu Rossing. Der ist inzwischen ganz aus der Mode gekommen, fast zur Unperson geworden! Hilgens Flughafen (den allerdings hat er geerbt von Vorgänger Lewandowski) ist zum Gespött der Nation geworden. Inzwischen reden selbst seine glühendsten Verehrer davon, ihn wieder zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen. Was der alte Flughafen ja einst auch schon war.

Sparen mit Dr. Barthel

Dass Hilgen Dr. Barthel zuerst schassen wollte, ihn dann aber als unsozialen Sozialdezernenten behielt, blieb nicht folgenlos. Unvergessen ist der verlorene Prozess der Stadt Kassel, weil Hilgen Barthel erlaubte, den Ärmsten der Stadt die Kosten für die Unterkunft (KdU) zu pauschalisieren und damit zu kürzen. Gegen Recht und Gesetz! Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister und sein Sozialdezernent greifen den Schwächsten der Stadt in die Tasche und rühmen sich noch der eingesparten Beträge. Unter Hilgen, wir erinnern uns, ist auch die mit Preisen ausgezeichnete Joseph-von-Eichendorffschule dicht gemacht worden, obwohl sie in Sachen Integration ein Vorzeigeobjekt für Kassel gewesen ist. Und dann erst die geniale Verkehrspolitik dieses Mannes: Für richtig viel Geld wird im Jahr 2012 ein sogenannter Verkehrsentwicklungsplan auf den Weg gebracht. Nach langen Jahren der Datenerhebung und Planung liegen erste Konzepte vor, zu denen u.a. auch der Vorschlag gehört, auf einigen der massiv belasteten Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 einzuführen. Kassel, ohnehin stark belastet durch Feinstaub und Lärm, hätte dringend Entlastung nötig. Die Reaktion der von Hilgen geführten SPD: mit uns gibt es auf keinen Fall Tempo 30 auf der Holländischen etc.. Egal, was da der Fachdezernent denkt: die SPD, die ihr Tempo- 30-Trauma aus 1993 längst noch nicht verarbeitet hat, bleibt autolobbyistisch und vergibt damit schon am Anfang der Debatte um eine bessere und ökologischere Verkehrspolitik große Chancen!

Der Projekt Terminator

Hilgen Vorsitzender des Aufsichtsrats

Jetzt ist Hilgen schließlich, nachdem er zuerst seinen Parteigenossen Kaiser aus dem Chefsessel geschubst und sich selbst zum Aufsichtsratschef der Städtischen Kliniken gemacht hat, auch noch der Mann, der anstelle von Dr. Sontheimer einen neuen Klinikchef ins Boot geholt hat. Ob sich diese Wahl am Ende als glücklich erweisen wird, werden wir noch sehen. Und um das Maß voll zu machen, hat sich Hilgen jetzt auch noch mit der aktiven Kasseler Kunst-, Kultur- und Stadtgeschichtsszene überworfen, weil er ohne jede öffentliche Fachdebatte das gesamte Konzept der städtischen Museen von den Füßen auf den Kopf gestellt und dabei Frau Dr. Dörr vor die Tür gesetzt hat. Nicht nur die Experten z.B. vom Geschichtsverein befürchten einen „radikalen Bruch im stadtgeschichtlichen Wissen“.

Kassels OB ist ein Mann des Erfolgs

Aber wir dürfen bei aller Kritik nicht vergessen: Der große Meister hat ja auch den größten und besten Hessentag aller Zeiten veranstaltet. So was hat Hessen wirklich noch nicht gesehen. Im schönen Sommer 2013 schwingt sich der Meister gelungener Inszenierungen auf zu ganz großen Höhen. Das, was Hilgen dabei geleistet hat, lässt sich nicht einfach publizistisch, statistisch oder sonst wie feiern und würdigen. Nein, es gibt dafür einen fulminanten, sehr zu empfehlenden Fotoband über und zu dieser beeindruckenden Oberbürgermeister-Leistung: 140 Seiten, kein Text, dafür aber 97 mal Hilgen in Farbe, teils ganzseitig. Einfach traumhaft. Das müssen Sie sich unbedingt besorgen und durchblättern. Sie werden unsere Begeisterung teilen.

Wir beten und hoffen: Mögen ihn seine wackeren Sozialdemokraten bald für weitere 5 Jahre auf den Schild heben! Dann kann in Kassel nichts mehr schief gehen.

E. Jochum

Dr. Jürgen Barthel geht - endlich!

Auch wenn zu Dr. Barthels Abschied vermutlich kein buntes Fotoalbum mit knapp 100 Barthel-Bildern herausgegeben wird - wie sich Hilgen zum Hessentag 2013 eins hat machen lassen. Er wird in den kommenden Monaten bis zu seinem Weggang im Mai noch viel gelobt und gefeiert werden.

Was hat der Mann nicht alles für Kassel getan, erreicht, vollbracht? Selbst wenn es zum Kasseler SPD Parteichef nicht gereicht hat und es auch mit dem Sessel des Klinikchefs nichts wurde: Er hat, ganz zweifelsfrei, viel gemacht, in vielen Töpfen gerührt und sich in seiner langen Kämmerer-Zeit viele Feinde und sicher auch viele Freunde gemacht. Dasselbe gilt für seine Zeit als Sozialdezernent.

Zum Parteichef hat's nicht gereicht

Seine Freunde und Fans werden das Wort auf den schon angesprochenen Feierlichkeiten noch zur Genüge schwingen und manche Lobhudelei loswerden. Unsere Aufgabe ist das nicht. Wir haben nie zu seinen Anhängern gehört und daraus keinen Hehl gemacht. Mit den Artikeln, die wir in unserer Zeitung über ihn verfasst haben, könnte er – falls er als Rentner sich noch irgendwo bewerben wollte – keinen Eindruck schinden. Und bei den Menschen in Kassel, denen er widerrechtlich „Kosten der Unterkunft" gekürzt hat und sich mit den dabei eingesparten Millionen noch gerühmt hat, schon gar nicht.

Wir meinen, dass Dr. Barthel – auch wenn ihn OB Hilgen gleich zu Beginn seiner 1. Amtszeit noch aus dem Magistrat werfen wollte – von Anfang an genau der Richtige für Kassel war. Das gilt von 1991 bis heute, also sowohl für die CDU- und Lewandowski-Zeit als auch die Zeit mit der SPD. In Zeiten von Neoliberalismus, Deregulierung und Sozialabbau – und das war, bei allen Konflikten und Streitereien zwischen SPD, CDU und GRÜNEN, übergeordnetes Ziel - war auf Dr. Barthel immer Verlass. Wenn es eines Beweises bedurfte: Die feste Zusicherung der CDU, Dr. Barthel wann auch immer in ihre christliche Partei aufzunehmen, zeigt: Dieser Mann hat den vereinten Konservativen der Stadt, den schwarzen mit dem unchristlichen Einschlag und den Roten mit dem verlorenen Herz für die kleinen Leute, immer alles recht gemacht!

Kein Herz für kleine Leute

Alles, was Barthel in seinen langen Jahren als Kämmerer und Sozialdezernent falsch gemacht hat, hier in einem kurzen Artikel unter zu kriegen: das bekommen selbst wir nicht hin. Aber ein paar seiner Meister- und Kabinettstückchen möchten wir schon ausgraben:

Sie wollen im Zentrum der Stadt schwimmen gehen? Geht leider nicht mehr. Dr. Barthel wollte das nicht. Sein Sparkonzept für die Kasseler Bäder ließ das nicht zu. Geschwommen wird in Kassel jetzt in der Fulda am Auedamm. Mit negativen Folgen für Karls- und Fuldaaue und die Innenstadt gleichermaßen.

Sie wollen, dass die vielen Gewerbebrachen im Stadtgebiet Kassel für ansiedlungswillige Unternehmen aufbereitet werden? Geht nicht, weil Kassel jetzt seine letzte ökologisch wertvolle Fläche im Stadtgebiet, für das Gewerbegebiet „Langes Feld" verbaut. Dass dafür jetzt sogar noch Geld aus dem wichtigen Projekt Umbau Friedrich-Ebert-Straße umgeschichtet worden ist, setzt dem Ganzen nur die Krone auf.

Viele seiner Untaten werden lange nachwirken

Sie wollen, dass die Schulen auch und vor allem dazu beitragen, dass schwächere Kinder besser integriert werden? Geht leider auch nicht überall. In Bettenhausen wird z.B. aus Ignoranz und Sparsamkeit die Eichendorffschule geschlossen, die als preisgekrönte Schule hessen- und europaweit für ihre Integrationsleistungen bekannt war.

Sie wollen, dass bei Neubauprojekten in der Innenstadt, die immer noch geprägt ist von Struktur- und Gestaltungsdefiziten aus der Nachkriegszeit, neue städtebauliche Erkenntnisse einfließen mit guten gestalterischen und funktionalen Ergebnissen? Pech gehabt. Daraus wird leider nichts. Wo ein Kämmerer ungehindert Städtebau betreiben darf (ohne jede Kompetenz dafür zu besitzen), braucht sich niemand wundern, wenn dann zum Beispiel am alten Standort des Stadtbades Mitte ein trister Büroklotz entsteht: ohne Architektenwettbewerb, ohne Nutzungsmischung und ohne Wohnungen, dafür mit vielen neuen Tiefgaragenplätzen. Dr. Barthel verkaufte dieses bedeutsame Grundstück zwischen Lutherplatz und Königsstraße schnell, damit der RP dort zusätzliche Büros bauen lassen kann, die dann ab 16.30 Uhr wieder in tiefer Dunkelheit versinken. So was haben wir ja schon einmal erlebt beim neuen Finanzdienstleistungszentrum an der Fulda.

Sie wollen nach Kassel ziehen oder in Kassel wohnen bleiben, in einer attraktiven erschwinglichen Wohnung, in ihrem Lieblingsstadtteil? Es kann gut sein, dass das nichts wird, weil Dr. Barthel ganz klare Prioritäten durchgesetzt hat: Kassel soll attraktiv sein für Betuchte, gut Verdienende und gut Abgesicherte. Für die wird alles getan, dass sie die gewünschte Eigentumswohnung oder ihr Penthouse bekommen oder eben ein Grundstück in bester Lage für ein Einfamilien- oder Reihenhaus. Durch eine absichtliche bzw. in Kauf genommene Verknappung günstiger Wohnungen und die Weigerung, in den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu finanzieren, wird es Menschen und Familien mit kleinem Geldbeutel von Barthel und der SPD richtig schwer gemacht.

Die Negativliste ließe sich fortsetzen

Was uns angeht: wir freuen uns, dass die Ära des Dr. Barthel, der den Konservativen aller Couleur den willigen und ideenreichen Sparkommissar gegeben hat, den Schwachen der Stadt aber einen umso herz- und kompromissloseren Un-Sozialdezernenten und uns allen einen schlechten Städtebauexperten, nun endlich und bald vorbei ist. Er kann nun, was gut ist, keinen weiteren Schaden mehr anrichten. Ob und wie sein Nachfolger tickt und agiert, werden wir bald sehen.

Und dann wäre, ganz zum Schluss, doch noch etwas Positives zu vermelden: Bei der Eröffnung des letztjährigen Dokumentarfilmfestivals verkündete Dr. Barthel, der den Magistrat dort vertreten hat, er werde – weil er bald viel Zeit haben würde – deutlich öfter ins Kino gehen. Da sind wir sehr dafür! Frei nach dem Motto: „Wer schläft, sündigt nicht" bzw. „Wer ins Kino geht, kann keine kommunalpolitischen Fehler machen!"

E. Jochum

Geschlossene Stadtteilbibliotheken - bisher ohne die versprochene geringe Haushaltsentlastung

FINANZEN

Airport Kassel der Wahnsinn geht weiter

Auch die Umbenennung zum großspurigen ‚Airport Kassel' wird nicht helfen: Sie ist so überflüssig und nutzlos wie der gesamte Neubau. Und sie zeigt, wie naiv diejenigen sind, die immer noch an einen prosperierenden Flughafen in naher Zukunft glauben. Jetzt soll es ein neuer Namen richten?

So überflüssig wie eine solche an Torschlusspanik erinnernde Maßnahme ist, so erschütternd sind die Zahlen und Fakten: 2013 benutzten noch nicht einmal 50.000 Fluggäste den neuen Flughafen; die schon abgespeckte Prognose aus 2012 für 2013 lag bei 100.000! Die anvisierten 660.000 Fluggäste für 2015 sind völlig aus der Luft gegriffen und absolut unerreichbar. Reine Fiktion, Träume unprofessioneller Kommunalpolitiker, die nach einer ganzen Kaskade politischer Fehler sich stur weigern, der Realität ins Auge zu blicken. Um schwarze Zahlen zu schreiben wären ungefähr 2 Millionen Passagiere notwendig. Erst dann wären die Betriebskosten gedeckt. Das aber wird bis zum Jahr 3000 nicht eintreten. Im Übrigen müsste der Flughafen dann erneut massiv ausgebaut werden, weil er heute auf maximal 660.000 Fluggäste ausgelegt ist. 2 Millionen Fluggäste wird es in Kassel-Calden auch dann nicht geben, wenn der unnötige Landeplatz an 2 Autobahnen gleichzeitig angeschlossen wird, was einige der ganz Unbelehrbaren am liebsten machen würden.

All das hat Folgen: Denn auch wenn die jetzige Landesregierung aus CDU und GRÜNEN beschlossen hat, das Defizit pro Jahr um 10% zu drücken, bleiben dennoch enorme Summen zu verkraften, die die Haushalte des Landes Hessen und die beteiligten Kommen – Landkreis Kassel, Stadt Kassel und Gemeinde Calden – erheblich belasten. Runde 10 Millionen Euro müssen jährlich in diesen nicht funktionierenden Unsinn gesteckt werden. Calden ist bereits das erste Opfer: Zu gerne würde es seine unrentierlichen Flugplatzanteile loswerden. Aber niemand will sie!

Dichtmachen und sparen!

Wir haben es schon 100 Mal gesagt und genau so oft geschrieben: Der Rückwärtsgang muss eingelegt, die Realitäten gewürdigt und Blütenträume beerdigt werden. Und das kann nur heißen: sofortige Rückstufung zum Verkehrslandeplatz und Kostenreduktion auf breiter Front.

Unter Einbeziehung der Bewohnerinnen und aller anliegenden Kommunen muss ein nordhessisches Brainstorming veranstaltet und ausgeschrieben werden, mit der Fragestellung: Was kann aus dem nun überdimensionierten Flughafen gemacht werden? Da die Region über genügend kreatives Potential verfügt, eine umtriebige Universität hat und viele innovative Planungsbüros hier ihren Sitz haben etc., wird es garantiert gute Ergebnisse geben….

Neue Ideen müssen her

Und zum dritten Mal weist der Artikelschreiber auf Dessau hin: Dort mussten sich die Verantwortlichen mit ähnlichen Problemen herumschlagen wie wir hier am Flughafen Kassel-Calden. Denn ihr Regionalflughafen war ja noch nicht einmal in Betrieb gegangen; er wurde gleich nach Fertigstellung statt als Flughafen zum Verkehrslandeplatz herabgestuft. Und damit das Ding dann nicht völlig ungenutzt in der Gegend rumliegt und jeder über das verpulverte Geld die Nase rümpft, kann man dort jetzt - lt. aktueller Internetseite http://www.flugplatz-dessau.de/v1/135-0-Flugangebote.html - „Fliegen im Mondschein" erlernen. Unter dem Motto „In der Dämmerung abheben" wird Nachtflugtraining und Ähnliches angeboten. Außerdem: Warum werden in Calden keine Inliner-WM oder große europaweit ausgeschriebene Inline-Skater Rennen veranstaltet?

Die Zukunft des Caldener Flughafens muss nicht zwingend traurig und teuer sein!

E. Jochum

Der Flughafen als Spielwiese für große Jungs ohne eigenes Geld.

Nach der Umbenennung des Flughafen Kassel Calden in Airport Kassel bleibt nur noch der International Airport Hesse als letzte Steigerungsmöglichkeit im Etikettenwettbewerb

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Für ein Umdenken im Umgang mit Geflüchteten

Auszüge aus der Pressemitteilung der Gruppe „Change Ihringshausen!“ zu der aktuellen Debatte um das Flüchtlingslager in Ihringshausen

Wir freuen uns über das nun entstandene Interesse, das aktuell die Presse den untragbaren Lebensbedingungen im Flüchtlingslager Ihringshausen schenkt. Dort wurden zeitweise 130 Menschen auf engem Raum unter körperlich und psychisch krank machenden Bedingungen untergebracht (s. LinKSzeitung 18). Wir verurteilen jedoch Wortmeldungen, in denen den Geflüchteten selbst die Schuld an ihrem Leid zugewiesen wird. An den untragbaren Zuständen hat die private Betreiberfirma Human Care Geld verdient, ohne der Instandhaltung des Flüchtlingslagers ausreichend nachzukommen. Als Auftragsgeber ist in letzter Instanz der Landkreis Kassel dafür verantwortlich.

Wir begrüßen den neuen politischen Entschluss, das Lager in Ihringshausen zügig zu schließen. Allerdings löst die geplante Nachfolgeunterkunft in der abermals isoliert gelegenen Kaserne Fuldatal-Rothwesten die grundsätzlichen Probleme der Lagerunterbringung nicht. Durch die Belegung von Mehrbettzimmern wird den BewohnerInnen die Befriedigung des grundlegenden menschlichen Bedürfnisses nach einem Minimum an Privatsphäre und Geborgenheit vorenthalten. Zudem verhindert die Lagerunterbringung die Begegnung und den Austausch mit dem Rest der Bevölkerung und fördert Vorbehalte bis hin zu rassistischen Ressentiments gegenüber den Geflüchteten.

Das Problem der Flüchtlingsunterbringung ist Teil einer kurzsichtigen und verfehlten Politik bezüglich des städtischen und ländlichen Wohnraums. Auch im Raum Kassel ist der soziale Wohnungsbau seit langem rückläufig. Gleichzeitig verfallen Ortskerne im Landkreis nicht zuletzt wegen Leerstand. Wir brauchen eine politische Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum, womit auch Geflüchteten eine menschenwürdige Unterbringung ermöglicht werden kann. Dass das nicht zwingend teurer sein muss, beweisen andere Kommunen wie zum Beispiel Bremen. Diesen Weg wünschen wir uns auch für Kassel und Umgebung.

Kontakt: change_ihringshausen@riseup.net

STÄDTISCHE MUSEEN

Politik nach Gutsherrenart

„Über die geplante Neuordnung der städtischen Museen mit der Zusammenlegung der Leitung von Naturkunde- und Stadtmuseum hätte man diskutieren können, danach auch über die damit verbundenen Personalfragen. Jedoch: Entscheidungen zu treffen, ohne in dieser für die Stadt wichtigen Frage das Stadtparlament und seinen Kulturausschuss zu beteiligen, ohne die engagierten Mitglieder des Vereins der Freunde des Stadtmuseums und die anderen Kulturvereinigungen unserer Stadt auch nur anzuhören, ist schlechte Gutsherrenpolitik. Hilgen war bei seiner Wiederwahl als OB angetreten unter dem Slogan ‚mehr Bürgerbeteiligung‘. Die scheint er bei seinen Entscheidungen als Souverän nur noch als Störquelle zu fürchten“. Soweit Renate Gaß, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion der Kasseler Linken.

Sie trifft damit den Kern der Sache: Niemand macht dem Oberbürgermeister seine Rechte streitig, die ihm laut Hessischer Gemeindeordnung zustehen. Dazu gehören u.a. die Entscheidungskompetenz in Sachen Personal. Wie brachial der Oberbürgermeister allerdings – selbst ja noch Neuling in Sachen Kultur – seine Vorstellungen von Neuordnung bei den städtischen Museen durchsetzte, ist atemberaubend und rücksichtslos gleichermaßen. Diejenigen, die in einem gut geführten Rathaus zu beteiligen gewesen wären - um am Ende eine gut beratene und gründlich erörterte, von vielen mitgetragene Lösung zu entwickeln - sind schon einige. Über den Verein der Freunde des Stadtmuseums hinaus, deren Spitzen und Vorstandsmitglieder ja offensichtlich einbezogen waren, alle anderen historischen Vereine, die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und Fraktionen, der Kulturausschuss und das Parlament als Ganzes natürlich. Aber der OB hat ja noch nicht einmal mit seiner eigenen Partei geredet! Offensichtlich hielt Herr Hilgen seine Ideen für derart grandios und alternativlos, dass ihm jede Debatte darüber überflüssig schien. Der Abgrund der sich hier zeigt, ist weithin sichtbar. Und er offenbart mehr Unsicherheit denn Souveränität.

Unfähig zum Diskurs

Was der OB Frau Dr. Dörr angetan hat, die bisher nur - und das jahrelang - über eine alles andere als professionell geführte, massiv teurer gewordene Baustelle hat residieren dürfen, steht auf einem anderen Blatt. Offensichtlich hatte auch die bisherige Leiterin des Stadtmuseums Ideen für das neu zu eröffnende, deutlich größere Museum entwickelt. Auch sie hat sich Gedanken gemacht, wie es denn nach der für 2016 geplanten Eröffnung mit dem Stadtmuseum weitergehen soll. Das scheint den OB aber nicht sonderlich interessiert zu haben. Ganz offensichtlich möchte er mit mehr und lauteren „Events“ á la Naturkundemuseum in Zukunft deutlich mehr Publikum in das neue Stadtmuseum locken. Ob dies bei den beiden unterschiedlichen Typen von Museum eine kluge Entscheidung war, wird man sehen.

Jetzt, nach einem erneut unglücklichen und ausgesprochen unprofessionellen Handling, muss sich der OB von vielen Persönlichkeiten, die von der Sache sicher mehr verstehen als er selbst, Dilettantismus und anderes vorwerfen lassen. Wir können dem nicht widersprechen. Und eins steht auf jeden Fall schon jetzt fest: alternativlos war Hilgens Vorgehensweise nicht.

Renate Gaß /E. Jochum

Baustelle Stadtmuseum

6. Kasseler Kultur- und Sozialkompass!

Schon nach einem halben Jahr war die letzte Ausgabe vergriffen. Doch seit Oktober gibt es ihn wieder: Der Kasseler Kultur- und Sozialkompass wurde aktualisiert und ist in der 6. Auflage erschienen. Und damit es diesmal nicht wieder so schnell knapp wird, haben wir die Auflage auf 5.000 Stück verdoppelt.

Die Broschüre versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld, der eine unbürokratischere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben vereinfachen soll. Die Kasseler Linke sieht dieses Projekt als eine Ergänzung zu ihrem politischen Engagement im sozialen Bereich wie z.B. den seit Jahren andauernden Aktivitäten für ein Sozialticket in Kassel oder für einen Kasselpass/Sozialpass. In der aktualisierten und erweiterten 6. Auflage des Sozialkompass finden sich neben der allgemeinen Rubrik „Befreiungen und Ermäßigungen“ für Menschen mit wenig Geld vor allem lokale Angebote in den Bereichen „Essen und Trinken“, „Einkaufen“ und „Freizeit“. Aufgeführt sind z.B. günstige oder kostenfreie Angebote der Stadtteil- und Gemeindezentren, an Orten für Kunst und Kultur oder im Bereich Sport und Spiel für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Das Heft bietet zusätzlich einen breiten Überblick über Beratungsangebote zu den Schwerpunkten Gesundheit, Migration, Schulden, Wohnungslosigkeit und allgemeine Sozialberatung. Zusätzlich finden sich Angebote für Frauen oder Eltern. Am Ende der Broschüre findet sich noch ein Teil mit Initiativen und Gruppen, die zum Mitmachen und Aktiv-Werden einladen.

In den letzten Jahren ist der Sozialkompass bekannt und beliebt geworden. Viele Beratungsstellen, Zentren und Projekte verteilen inzwischen den Kompass. Das Feedback bei der Verteilung der Neuauflage war durchweg lobend und von großer Anerkennung für diese Arbeit gezeichnet. Das motiviert zum Weitermachen: Auf der Internetseite sozialkompass-kassel.de findet man zusätzliche Angebote und inzwischen auch einige Beiträge auf Türkisch. Wir freuen uns sehr über Feedback und Hinweise auf weitere Angebote.

Die neue Broschüre ist jetzt schon an vielen Orten in Kassel zu bekommen, z.B. bei den Einrichtungen von Diakonie, Caritas, diversen Stadtteil- und Gemeindezentren, in Kulturzentren wie dem Schlachthof, ebenso wie im Cafe Nautilus oder bei der Sozialen Hilfe. Auch Migrations- und Sozialberatungsstellen haben den Sozialkompass zum Weitergeben ausliegen.

Am Infoständer vor dem Fraktionsbüro kann der Sozialkompass zu den Rathaus Öffnungszeiten mitgenommen werden.

http://kasselerrathausblog.de

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25 nicht in den Schulferien

Jeden Dienstag 14.30 - 16 Uhr Hartz-IV–Beratung
mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs
Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Mitten unter uns – Prostitution in Kassel
Bericht über die Situation vor Ort von einer Referentin von sichtBar
Samstag, den 14.03.2015 um 19 Uhr
Philipp-Scheidemann-Haus
Holländische Straße 74

Aktuelle Termine findest Du unter **www.kasseler-linke.de/termine**

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Schillerstrasse 21 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 7.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.